



Ansprechpartner/in Melanie Niermeyer
Telefon 0571/83786-12
Telefax 0571/83786-85
E-Mail melanie.niermeyer@wald-und-holz.nrw.de

Datum 04.02.2020
Aktenzeichen (bei Rückfragen bitte angeben!)
300-11-03.002/E 213

Öffentliche Bekanntgabe

**des Ergebnisses der standortbezogenen Vorprüfung mit der Feststellung,
dass nach den §§ 6 bis 14 für das Vorhaben eine
Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) nicht besteht.**

Die Feststellung trifft das Regionalforstamt Ostwestfalen-Lippe auf Antrag zur Neuanlage von Wald (Erstaufforstung) nach § 41 Landesforstgesetz für das Land Nordrhein-Westfalen (LFoG NRW):

Antrag auf Neuanlage von Wald (Erstaufforstung)

| | |
|---|-----------------------------|
| in der Gemeinde: | Bad Oeynhausen |
| Kreis: | Minden-Lübbecke |
| Gemarkung: | Lohe |
| Flur/e: | 9 |
| Flurstück/e: | 10 |
| mit einer Größe von: | 35.006 m² |
| zur Änderung der Nutzungsart in: | Wald |

Dieses Vorhaben fällt unter die im Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) in der Anlage 1 unter Nr. 17.1 als „Erstaufforstung“ bezeichneten Vorhaben.

Gemäß § 7 UVPG, ist in einer standortbezogenen bzw. allgemeinen Vorprüfung zu prüfen, ob die Vorhaben einer Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß §§ 6 bis 14 UVPG unterzogen werden müssen.

Nach Prüfung der Antragsunterlagen zu diesem Vorhaben einschließlich der geeigneten Angaben des Vorhabenträgers gem. § 7 Abs. 4 UVPG wurde entschieden, dass für das o. g. Vorhaben keine Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich ist, da erhebliche nachteilige Umweltauswirkungen aufgrund der Merkmale des Vorhabens, des Standortes des Vorhabens und der Art und Merkmale möglicher Auswirkungen des Vorhabens auf die Schutzgüter nicht zu erwarten sind.

Die Feststellung wird hiermit gemäß § 5 Abs. 2 UVPG öffentlich bekannt gegeben.

Die wesentlichen Gründe nach § 5 Abs. 2 UVPG für das Nicht-Bestehen der UVP-Pflicht unter Hinweis auf die jeweils einschlägigen Kriterien nach Anlage 3 sind der nachstehenden Gesamteinschätzung zur standortbezogenen Vorprüfung zu entnehmen:

Das Vorhaben ist eine Erstaufforstung, es handelt sich nicht um ein Wiesenvogelschutzgebiet oder andere vorhandene Schutzgebiete, die durch die Aufforstung beeinträchtigt sein könnten.

Gemäß § 5 Abs. 3 UVPG ist die Feststellung nicht selbständig anfechtbar.

Im Auftrag

gez.

Ina Bormann